

Geburtstage

(Mai – Juli 2025)

70 Jahre

- **Kersten, Birgit**
Assessorin, Brake
- **Schmid-Kaufhold, Anneliese**
Rechtsanwältin, Freiburg
- **Dr. Gräfin von Galen, Margarete**
Rechtsanwältin, Berlin
- **Klug, Gabriele C.**
Kämmerin a.D., Bad Münster am Stein
- **Eis, Julia**
Rechtsanwältin und Notarin, Berlin
- **Schmidt, Beate**
Präsidentin des BPatG, München

75 Jahre

- **Küster, Herrad**
Rechtsanwältin, München
- **Salesch, Barbara**
Vors. Richterin am LG, Fernsehrichterin
- **Eich, Jutta**
Geschäftsführerin, Bonn

70 Jahre

- **Schrade, Beatrice**
Rechtsanwältin, Freiburg
- **Bosch, Martina**
ehem. djb-Geschäftsführerin, Bonn
- **Merz-Bender, Brigitte**
Vizepräsidentin des VG i.R., Hannover
- **Kretschmer, Elfriede**
Richterin am ArbG a.D., Baden-Baden
- **Springer, Astrid**
Journalistin, Hamburg
- **Jochem, Annemarie**
Rechtsassessorin, Freiburg
- **Lorenz, Petra**
Regierungsdirektorin a.D., Sinzheim
- **Goergens, Dorothea**
Rechtsanwältin, Hamburg

80 Jahre

- **Hagemann, Gabriele**
Rechtsanwältin, Greven
- **Dr. Ehinger, Uta**
Richterin am KG a.D., Berlin

- **Prof. Dr. Coester-Waltjen, Dagmar**
Universitätsprofessorin, Pullach

90 Jahre

- **Kausch-Blecken von Schmeling, Karin**
Richterin am OLG i.R., Kelkheim/Taunus
- **Ziegler, Helga**
Vors. Richterin am VG i.R., München

Verstorben

(Mai – Juli 2025)

- **Bacher, Johanna**
Richterin am AG, Berlin
- **Damm, Renate**
Rechtsanwältin, Hamburg
- **Prof. Dr. Frommel, Monika**
Universitätsprofessorin, Kiel
- **Prof. Dr. Graßhof, Karin**
Richterin des BVerfG, Bonn
- **Weber, Ingrid**
Vors. Richterin am LAG, Berlin

DOI: 10.5771/1866-377X-2025-3-177

Der djb gratuliert

Den Kolleginnen des Vereins *Frauen streiten für ihr Recht e.V.* und der Zeitschrift *STREIT – Zeitschrift für feministische Rechtswissenschaft* zur Verleihung des Elisabeth-Selbert-Preises 2025.

Die Hessische Sozialministerin Heike Hofmann überreichte den mit 10.000 Euro dotierten Preis in der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. Der Elisabeth-Selbert-Preis wird alle zwei Jahre an Personen oder Institutionen verliehen, die sich in besonderer Weise für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen.

Verein und Zeitschrift agieren seit der Gründung 1983 als autonomes feministisches Projekt, basierend auf freiwilligem

Engagement immer neuer Generationen engagierter Juristinnen. STREIT gilt als die maßgebliche Zeitschrift feministischer Rechtskritik im deutschsprachigen Raum. Sie bietet Juristinnen und anderen Autorinnen eine Plattform, um rechtliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen aus frauenrechtlicher Perspektive fundiert, streitbar und interdisziplinär zu analysieren und einzuordnen.

Mit der Auszeichnung wird das langjährige Engagement für eine geschlechtergerechte Rechtsentwicklung gewürdigt – ein Anliegen, das auch Elisabeth Selbert, eine der vier Mütter des Grundgesetzes, nachhaltig geprägt hat.



► Sozialministerin Heike Hofmann mit den Preisträgerinnen des Vereins Frauen streiten für ihr Recht e.V. und der feministischen Rechtszeitschrift STREIT, Foto: © Hessische Staatskanzlei / Paul Müller

Wir freuen uns mit den Kolleginnen von STREIT und gratulieren ihnen herzlich zu dieser besonderen Ehrung!

Prof. Dr. Martina Ahrendt



▲ Foto: privat

zur Ernennung als Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht. Geboren 1967 in Mönchengladbach, legte sie die Zweite juristische Staatsprüfung 1996 in Berlin ab. 1995 wurde sie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promoviert und trat nach einer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an dieser Universität und einer Beschäftigung als Rechtsanwältin 2001 in die Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Berlin ein. 2009–2011 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesarbeitsgericht abgeordnet. Erprobung 2012–2013 beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg. 2013 wurde Prof. Dr. Ahrendt zur Richterin am Bundesarbeitsgericht ernannt. Sie gehörte zunächst dem Dritten Senat des Bundesarbeitsgerichts an, bevor sie in den Ersten Senat wechselte. Seit 2021 ist Prof. Dr. Ahrendt stellvertretende Vorsitzende des Ersten Senats. Außerdem ist sie zur Honorarprofessorin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen. Prof. Dr. Ahrendt übernimmt den Vorsitz des Fünften Senats, dieser ist im Wesentlichen zuständig für Fragen des Arbeitsentgelts. Dazu gehören auch Fragen des gesetzlichen Mindestlohns und des Gleichstellungsgrundsatzes im Leiharbeitsverhältnis, der Vergütung von Überstunden und Mehrarbeit und wegen Annahmeverzugs, der Entgeltfortzahlung bei Krankheit sowie der finanziellen Leistungen im Mutterschutz. Die Ernennungsurkunde wurde durch Inken Gallner, die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, in Erfurt ausgehändigt. Prof. Dr. Ahrendt ist (mit Unterbrechung) seit 1990 Mitglied des djb.

zur Ernennung als Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht. Geboren 1967 in Mönchengladbach, legte sie die Zweite juristische Staatsprüfung 1996 in Berlin ab. 1995 wurde sie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promoviert und trat nach einer Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an dieser Universität und einer Beschäftigung als Rechtsanwältin 2001 in die Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Berlin ein. 2009–2011 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesarbeitsgericht abgeordnet. Erprobung 2012–2013 beim Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg. 2013 wurde Prof. Dr. Ahrendt zur Richterin am Bundesarbeitsgericht ernannt. Sie gehörte zunächst dem Dritten Senat des Bundesarbeitsgerichts an, bevor sie in den Ersten Senat wechselte. Seit 2021 ist Prof. Dr. Ahrendt stellvertretende Vorsitzende des Ersten Senats. Außerdem ist sie zur Honorarprofessorin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg berufen. Prof. Dr. Ahrendt übernimmt den Vorsitz des Fünften Senats, dieser ist im Wesentlichen zuständig für Fragen des Arbeitsentgelts. Dazu gehören auch Fragen des gesetzlichen Mindestlohns und des Gleichstellungsgrundsatzes im Leiharbeitsverhältnis, der Vergütung von Überstunden und Mehrarbeit und wegen Annahmeverzugs, der Entgeltfortzahlung bei Krankheit sowie der finanziellen Leistungen im Mutterschutz. Die Ernennungsurkunde wurde durch Inken Gallner, die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, in Erfurt ausgehändigt. Prof. Dr. Ahrendt ist (mit Unterbrechung) seit 1990 Mitglied des djb.

Dr. Stefanie Roloff

zur Ernennung als Vorsitzende Richterin am Bundesgerichtshof.

Geboren 1967, Studium der Rechtswissenschaft in Regensburg von 1986–1990, Referendariat in Berlin. Nach einer Tätigkeit als Rechtsanwältin trat sie 1999 in den höheren Justizdienst des Landes Berlin ein. 2002 wurde sie zur Richterin am Landgericht und 2011 zur Richterin am Kammergericht ernannt; sie war ferner als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Bundesgerichtshof sowie an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet. Seit 2015 gehört Dr. Roloff dem Bundesgerichtshof an. Sie war zunächst dem VI. Zivilsenat zugewiesen, seit 2021 ist sie Mitglied des Kartell- und XIII. Zivilsenats; ferner seit 2016 Mitglied des Senats für Notarsachen. Als Gleichstellungsbeauftragte engagierte sie sich 2016–2020 für die Förderung der Gleichstellung am Bundesgerichtshof und auch für die Initiative „Frauen in die Roten Roben“ des djb. Das Präsidium des Bundesgerichtshofs hat Dr. Roloff den Vorsitz des Kartellsenats und XIII. Zivilsenats übertragen. Dr. Roloff ist Mitglied des djb seit 1994.

Dr. Margarete Gräfin von Galen



▲ Foto: Frank Woelfling

zum 70. Geburtstag. Dr. Margarete Gräfin von Galen, 1955 in Köln geboren, ist seit 1983 als Rechtsanwältin in Berlin tätig und seit 1998 Fachanwältin für Strafrecht und hat seit vielen Jahren ihren Schwerpunkt im Wirtschaftsstrafrecht. Studiert hat sie in Heidelberg, Lausanne, Bonn und München. 1981 zog sie zur Referendarzeit nach Berlin. 2004 wurde sie an der Humboldt-Universität zu Berlin mit einer Arbeit zu Rechtsfragen der Prostitution promoviert. Sie ist verheiratet und hat vier Kinder.

1999–2011 war sie im Vorstand der Rechtsanwaltskammer Berlin, 2004–2009 als deren Präsidentin. Zuvor leitete sie 2000–

2004 das Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen. 2012–2016 vertrat sie die Kammer im Richterwahlausschuss des Landes Berlin. Zudem war sie 2014–2023 Richterin am Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin.

Auf europäischer Ebene war sie im Council of Bars and Law Societies of Europe (CCBE) aktiv. Zunächst seit 2012 in dessen Criminal Law Committee. 2018 wurde sie in das Präsidium des CCBE gewählt und war 2021 dessen Präsidentin. Sie war 2012–2021 Mitglied der Expertengruppe zur Beratung der Europäischen Kommission in Fragen der EU-Strafrechtspolitik. Außerdem war sie 2008–2020 Mitglied sowie Europabeauftragte des Strafrechtsausschusses des Deutschen Anwaltvereins (DAV) und 2015–2024 Mitglied des DAV-Ausschusses für Corporate Social Responsibility und Compliance. Seit 2012 ist sie Mitglied des Ausschusses Europarecht der Bundesrechtsanwaltskammer, den sie seit 2024 leitet. 2021 bis 2024 gehörte sie dem Aufsichtsrat der Organisation *European Lawyers in Lesvos* an, die kostenlose Rechtshilfe für Geflüchtete und Asylsuchende in Griechenland und Polen leistet. Dr. von Galen wirkt regelmäßig an Gesetzgebungsverfahren auf deutscher und europäischer Ebene mit und wird als Sachverständige zu Anhörungen im Deutschen Bundestag, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament geladen.

Sie ist Mitherausgeberin der Neuen Zeitschrift für Strafrecht und im Beirat der Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen. Sie ist Mitautorin juristischer Standardwerke, wie im Kommentar Rechtshilferecht in Strafsachen (2020, Nomos), im Kommentar Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (2022, Nomos) sowie Herausgeberin und Mitautorin des Kommentars zum Prostituiertenschutzgesetz (2024, C.H.Beck). Zudem veröffentlicht sie regelmäßig Fachbeiträge zu Strafrecht, Berufsrecht und Rechtsstaatlichkeit und hält dazu Vorträge.

Dr. von Galen ist Mitglied in der Vereinigung Berliner Strafverteidiger*innen e.V., im Deutschen Anwaltverein, im Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein sowie in der European Criminal Bar Association. Im djb ist sie Mitglied seit 2000.

Für ihr Engagement und ihre Verdienste wurde sie mehrfach ausgezeichnet: 2022 erhielt sie den Values Award von Women in the Legal World (Madrid) sowie den Maria-Otto-Preis des Deutschen Anwaltvereins (Berlin). Zudem wurde sie als Honorary Bencher (Ehrenmitglied des Vorstands) in die Honourable Society of the Middle Temple (London) aufgenommen.

Birgit Kersten



▲ Foto: privat

2006 war sie Mitgründerin der Regionalgruppe Oldenburg, deren Vorsitzende sie bis 2021 war und als solche auch all die

Jahre Delegierte im Regionalgruppenbeirat. 2007–2013 war sie Mitglied des Bundesvorstands (als Vertreterin des Regionalgruppenbeiratsvorstands), ab 2000 war sie Mitglied des djb-Arbeitsstabs Berufsorientierung, Karriereplanung, Mentoring.

Birgit Kersten hat ganz maßgeblich das djb-Projekt „Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung“ (2010–2017) in Deutschland und unter dem Namen „European Women Lawyers Demand Gender Equality“ (2014–2015) gemeinsam mit Kooperationspartnern auch auf europäischer Ebene unterstützt: mit Recherchen, der Entwicklung von unternehmensbezogenen Fragenkatalogen, der Auswertung, der Organisation und Betreuung von Besuchen der Hauptversammlungen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie der Organisation von Veranstaltungen. Seit Jahren pflegt sie mit großem Einsatz die Interview-Reihe mit den Landesverbänden und Regionalgruppen in der djbZ. Darüber hinaus interviewte sie zahlreiche Kolleginnen für die Reihe *Juristinnen machen Karriere – wir stellen sie vor*. Birgit Kersten ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Gabriele C. Klug



▲ Foto: Hans-
Christian Plambeck

zum 70. Geburtstag. Gabriele C. Klug, geboren 1955 in Frankfurt am Main, studierte Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main, wo sie 1981 das Erste Staatsexamen ablegte. Ihren Schwerpunkt bildeten Kollektivarbeitsrecht und Verfassungsrecht, sie befasste sich mit rechtsvergleichenden, rechtsgeschichtlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen. Nach dem Zweiten Staatsexamen arbeitete sie 1983–1986 als Rechtsanwältin in Frankfurt am Main. Klug hielt sich zu verschiedenen Studienaufenthalten und Fortbildungen im Ausland auf, unter anderen an der London School of Economics, in Lima, Sydney und Philadelphia.

Ab 1986 war sie in verschiedenen Positionen im Bereich der Hessischen Landesregierung tätig. Dort schied die Leitende Ministerialrätin 1994 nach ihrer Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin der Stadt Rüsselsheim aus. 2000–2005 kehrte Klug in die anwaltliche Praxis zurück und war gleichzeitig stellvertretendes Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen.

In dieser Zeit arbeitete sie als Anwältin und kommunale Beraterin zu ökonomischen und rechtlichen Herausforderungen von Public-Privat-Partnerships für Kommunen, insbesondere zu Fragen der Wirtschaftlichkeit und des Controlling.

Ab 2005 stand sie als Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Wesel an der Spitze des Dezernats Finanzen, Beteiligungen und Recht. 2010 wurde sie zur Beigeordneten und Stadtkämmerin der Stadt Köln gewählt und leitete bis Ende 2018 in der viertgrößten Stadt Deutschlands das Dezernat für Finanzen und Beteiligungen. Ihren wissenschaftlichen und empirischen Interessen folgte sie auch in Köln mit dem Pilotprojekt „Leistungsfähige Infrastruktur – generationengerecht finanziert“ (mit difu und FiFo) und zwei Tagungen zur nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation von Infrastruktur in der Transformation. Es gelang, mit diesen Initiativen wichtige Impulse

für die bundesweite Diskussion zu nachhaltigen kommunalen Finanzen zu setzen.

In ihren Funktionen gehörte Klug Aufsichtsräten und Kommissionen von Unternehmen der Daseinsvorsorge (Wohnungswirtschaft, Energieversorgung, Logistik, Finanzsektor) an. Darüber hinaus wirkte sie im Hauptausschuss des Deutschen Städetags und im Präsidium des Hessischen Städetags, später im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW und im Finanzausschuss des Deutschen Städetags.

Seit 1987 ist Gabriele C. Klug Mitglied des djb und engagierte sich 2005–2013 in der Kommission für Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht. 2003–2005 gehörte sie der Kommission Anerkennungskultur im djb an.

Ehrenamtlich engagiert sich Gabriele C. Klug bei Transparency International Deutschland e.V., bei der European Women Lawyers' Association, der Open Knowledge Foundation Deutschland sowie in der Deutschen Gesellschaft Club of Rome. Nach ihrem Ausscheiden in Köln trug sie an führender Stelle zunächst zum Aufbau des Grünen Wirtschaftsdialog e.V. und schließlich der Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V. bei. Sie ist seit Juni 2025 Ehrenmitglied der Wirtschaftsvereinigung der Grünen.

Ihr fachlicher Fokus liegt heute auf Corporate und Public Corporate Governance in Zeiten der Transformation und deren regionale Wirkung.

Gabriele C. Klug ist seit 1991 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Sie ist verheiratet, lebt im Nahetal und ist als Rechtsanwältin tätig.

Beate Schmidt



▲ Foto: BPatG

zum 70. Geburtstag. Geboren 1955, Studium der Rechtswissenschaften an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg 1974–1979. Nach dem Zweiten Staatsexamen 1982 war sie zunächst als Richterin und Staatsanwältin in der bayerischen Justiz tätig.

1986 wechselte sie als Referentin für Urheberrecht in das Bundesministerium der Justiz, wo sie 1991–1994 als persönliche Referentin des Staatssekretärs tätig war. 1994 wurde sie zur Richterin am Bundespatentgericht berufen. Dort war sie in einem Marken-Beschwerdesenat sowie als Vertreterin im technischen Beschwerdesenat tätig. Ab 1997 übernahm sie Leitungsfunktionen im Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA), zunächst als Leiterin der Personal- und Haushaltsabteilung, ab 2000 als Leiterin der Hauptabteilung 3 (Marken). Sie war die erste Frau in dieser Funktion.

2006–2011 war sie Direktorin im Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM, heute EUIPO) in Alicante, Spanien. Dort leitete sie zunächst eine Markenabteilung und ab 2009 die Hauptabteilung für Löschungs- und Gerichtsverfahren, zuständig für die Verteidigung der Entscheidungen der Beschwerdekommission vor den europäischen Gerichten in Luxemburg.

2011 wurde Beate Schmidt zur Präsidentin des Bundespatentgerichts ernannt und übernahm zugleich den Vorsitz im 1. Nichtigkeitssenat. Während ihrer zehnjährigen Amtszeit setzte sie

sich insbesondere für die Digitalisierung der Gerichtsverfahren ein, darunter die Einführung elektronischer Gerichtssäle. 2021 trat sie in den Ruhestand.

djb-Mitglied ist Beate Schmidt seit 2012.

Petra Lorenz



▲ Foto: © Jörg P. Bongartz

zum 75. Geburtstag. Geboren 1950 in Gotha und aufgewachsen in Nordbaden, ist Petra Lorenz Juristin mit Schwerpunkt im Steuerrecht und in der öffentlichen Finanzverwaltung. Nach einem zunächst begonnenen Mathematikstudium studierte sie Rechtswissenschaften an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Genf und Freiburg und legte 1979 ihr Zweites Staatsexamen ab. Im selben Jahr trat sie in die Finanzverwaltung des Landes Baden-Württemberg ein und war dort in verschiedenen Funktionen in mehreren Finanzämtern tätig. 1994 übernahm sie im Rahmen der Amtshilfe die Leitung des Finanzamts Bischofswerda in Sachsen. Im Anschluss war sie als Richterin beim Sächsischen Finanzgericht tätig. Aus persönlichen Gründen kehrte sie nach Baden-Württemberg zurück und war bis zu ihrem Ruhestand 2016 beim Finanzamt Baden-Baden tätig. In der Oberfinanzdirektion Freiburg war sie die erste Frau in der Führungsebene – ein wichtiger Schritt für die Sichtbarkeit von Frauen in der Steuerverwaltung.

Auf der Suche nach weiblichen Vorbildern im Berufsumfeld trat sie 1988 dem djb bei. 2002–2016 war sie Schatzmeisterin der Regionalgruppe Freiburg, 2003–2015 gemeinsam mit Ruth Cohaus als Kassenprüferin des djb tätig. 2015 wurde sie erstmals zur Bundesschatzmeisterin gewählt und gehörte seitdem auch dem Präsidium des djb an. In ihrer Funktion verantwortet sie insbesondere die Überwachung der Finanzen des Vereins und unterstützt die Geschäftsstelle in allen finanziellen und steuerrechtlichen Belangen.

Petra Lorenz lebt in Baden-Württemberg und engagiert sich auch über ihre berufliche Tätigkeit hinaus für Gleichstellung, Transparenz und die Stärkung von Frauen in juristischen Führungspositionen.

Barbara Salesch



▲ Foto: RTL/Stefan Menne

zum 75. Geburtstag. Barbara Salesch, geboren 1950 in Karlsruhe, ist Juristin mit dem Schwerpunkt Straf- und Strafprozessrecht. Nach dem Abitur studierte sie Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg, Hamburg und Kiel. Parallel nahm sie für ein paar Semester ein Sportstudium auf. 1979 trat sie als Richterin am Landgericht in den Justizdienst der Freien und Hansestadt Hamburg ein. Sie wurde zunächst als Staatsanwältin abgeordnet, danach an die Justizbehörde Hamburg. Ab 1985 übernahm sie am Landgericht Hamburg Verfahren im Bereich der Rauschgiftkriminalität und später auch umfangreiche Straf-

verfahren. Neben ihrer richterlichen Tätigkeit absolvierte sie ein Studium der Kriminologie. Zudem war Barbara Salesch ab 1983 Mitglied im Prüfungskollegium für juristische Staatsexamina und unterrichtete Strafprozessrecht für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare. 1991 wurde sie zur Vorsitzenden Richterin ernannt und zur Abteilungsleiterin in der Justizbehörde Hamburg berufen. 1996–1999 leitete sie eine Kleine Strafkammer (Berufungskammer) am Landgericht Hamburg.

1999 wurde sie für eine Tätigkeit beim Fernsehen beurlaubt. Sie übernahm zunächst die Leitung eines Schiedsgerichtsformats mit realen zivilrechtlichen Streitfällen. Ab 2000 war sie Hauptfigur der Gerichtssendung „Richterin Barbara Salesch“, in der fiktive Strafrechtsfälle verhandelt wurden. Die Sendung wurde zu einem der bekanntesten Formate im deutschen Privatfernsehen und lief bis 2012 mit über 2.000 ausgestrahlten Folgen. 2022 kehrte sie mit dem Format „Barbara Salesch – Das Strafgericht“ ins Fernsehen zurück. Anlässlich des 25-jährigen Fernsehjubiläums wurde 2025 ein abendfüllendes Spezial unter dem Titel „Barbara Salesch – Der größte Prozess ihres Lebens“ ausgestrahlt.

Parallel zu Ihrem juristischen Alltag arbeitet sie seit beinahe 40 Jahren als Bildende Künstlerin, zunächst als Plastikerin und Bildhauerin. Nach ihrem Rückzug aus dem Fernsehen schrieb sie ein Buch über Neuanfänge (Fischer Verlag) und studierte an der Kunstakademie Bad Reichenhall Freie Malerei. Inzwischen beschäftigt sie sich vorwiegend mit Holzschnitt. Sie hat eine eigene Galerie und stellt Ihre Arbeiten im In- und Ausland aus. Einige ihrer Werke sind in ihrer Richtersendung in ihrem Büro zu sehen

djb-Mitglied ist Barbara Salesch seit 1983.

Astrid Springer



▲ Foto: privat

zum 75. Geburtstag, geboren 1950 in Bad Homburg, ist Juristin und Journalistin mit den Schwerpunkten Rechts- und Gesellschaftspolitik sowie Frauenrechte. Nach einem Auslandsaufenthalt an der Deutsch-Kanadischen Industrie- und Handelskammer in Toronto legte sie 1978 ihr Zweites Juristisches Staatsexamen in Hamburg ab.

Ihre berufliche Laufbahn begann sie als Assessorin im Bundesernährungsministerium in Bonn im Fachbereich „Washingtoner Artenschutzübereinkommen“. Ein anschließendes Aufbaustudium der Journalistik an der Universität Mainz 1979–1982, gefördert durch ein Stipendium von Elisabeth Noelle-Neumann, ebnete den Weg in den Journalismus. Sie war zunächst als festangestellte Redakteurin tätig, zuletzt in der Chefredaktion Politik des Süddeutschen Rundfunks (SDR), und berichtete für den ARD-Hörfunk unter anderem vom Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Seit 1985 arbeitet Astrid Springer freiberuflich für die ARD und den Deutschlandfunk mit einem besonderen Fokus auf Recht, Politik und die strukturelle Diskriminierung von Frauen im Rechtssystem.

Für ihre fundierten und gesellschaftspolitisch relevanten Beiträge wurde sie mehrfach ausgezeichnet – unter anderem mit dem Caritas-Journalistenpreis Baden-Württemberg (1991), dem

Elisabeth-Selbert-Preis (1993), dem Pressepreis des Deutschen Anwaltvereins (1997) sowie dem Juliane Bartel Medienpreis (2014) für ihre Hörfunkreportage „Trotz Berufstätigkeit arm im Alter“.

Seit 1987 ist Astrid Springer Mitglied im djb. 2000–2002 war sie im Vorstand des Landesverbands Hamburg tätig. In ihrer journalistischen Arbeit bezeichnet sie den djb mit seinen hochqualifizierten Expertinnen als „conditio sine qua non“. Über Jahrzehnte pflegte sie einen intensiven Austausch mit Vorsitzenden, Präsidentinnen und Mitgliedern des djb, darunter Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit und Jutta Limbach. Ihre Arbeiten – Essays, Feature-Sendungen und Portraits – sind unter <http://www.astrid-springer.com> abrufbar.

Dagmar Coester-Waltjen



▲ Foto: privat

zum 80. Geburtstag, Prof.em. Dr. Dr. h.c. Dagmar Coester-Waltjen, LL.M. (Univ. of Michigan), geboren 1945 in Celle, ist Juristin mit den Schwerpunkten Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung, Familienrecht und europäisches Zivilrecht.

Nach dem Abitur studierte sie Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg, München und Kiel. Ihr Referendariat absolvierte sie in mehreren Bundesländern sowie in Irland. 1971 wurde sie an der Universität Kiel mit einer Arbeit zum irischen Erbrecht promoviert. Drei Jahre später ging sie in die USA und erwarb 1975 den Grad eines Master of Laws (LL.M.) an der University of Michigan. Ihre Habilitation erfolgte an der Universität München mit einer Schrift zum internationalen Beweisrecht.

Nach wissenschaftlichen Tätigkeiten als Assistentin an den Universitäten Augsburg und München wurde sie 1983 auf eine Professur an der Universität Konstanz berufen. Im selben Jahr wechselte sie an die Universität Hamburg, wo sie bis 1988 lehrte. Anschließend übernahm sie eine Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Ludwig-Maximilians-Universität München, die sie bis 2008 innehatte. Von 2008 bis zu ihrer Emeritierung 2012 war sie an der Georg-August-Universität Göttingen tätig, wo sie auch das Lichtenberg-Kolleg leitete.

Darüber hinaus hatte sie zahlreiche internationale Gastprofessuren inne, unter anderem an der Universität Freiburg (Schweiz), der Nanjing University, der University of Oxford, der New York University, der University of Texas at Austin, der Tel Aviv University und der Tulane University in New Orleans.

Im djb ist Coester-Waltjen Mitglied seit 1975, 1985–1987 war sie die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gentechnologie.

Dagmar Coester-Waltjen war 2016–2020 Mitglied des Deutschen Ethikrats. Sie ist Mitglied der Academia Europaea sowie der Academy of Comparative Law. Für ihre wissenschaftliche Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande (2003), dem Bayerischen Verdienstorden (2006), der Werner-Heisenberg-Medaille (2011), dem Otto-Schmidt-Preis (2016) sowie der Ehrendoktorwürde der Universität Zürich.

Dagmar Coester-Waltjen ist verheiratet und hat zwei Kinder.